

Die Woche im Blick

VDDI-Mitglieder-
 versammlung in Köln:
 Dr. Martin Rickert
 neuer Vorsitzender 3

LAG Berlin für
 bedarfsorientierte
 Gruppenprophylaxe:
 Überholte Gießkannen 6

Medizin

Verbesserung der
 Lebensqualität
 zahnloser Patienten:
 Verankerungssysteme
 weitgehend gleichwertig 10

Praxis-aktuell

ConsEuro 2003 (2):
 Der weite Weg zur
 sicheren Kariesprognose 5

Gesprächsforum
 und Marktplatz:
 Dentalinforma zeigt
 Wege in die Zukunft 11

Der Praxis-Tipp (20):
 Echte und unechte
 Fortschritte – welche
 bringen uns voran? 12

Dr. V. Scholz zum Oral-
 Health Management:
 OHManagement – Die
 Basis für Wahlfreiheit 14

Dr. Volker Bonatz zur
 Privatleistungen für
 Kassenpatienten (4):
 Zwölf Tipps für
 das Preisgespräch 16

Sonderseiten
 Depots 20/21

Sonderteil Seminare
 und Fortbildung 17–19

Gewerbsteuer für Freiberufler wie Zahnärzte – private Gebührenordnungen sollen fallen:

Zahnärzte-Kammern behindern die Lösungen zur Steuerentlastung

Bereits Mitte August wird Bundesfinanzminister Hans Eichel einen Gesetzentwurf zur Reform der Gewerbesteuer im Bundestag einbringen, der auf die Wünsche der Kommunen – CDU/CSU- wie SPD-geführte – eingeht und die Gewerbesteuer auf Zahnärzte/Freiberufler ausdehnt. Ausweglösungen zur deutlichen Steuererminderung, wie sie die Anwälte durch GmbH-Gründungen gehen, haben die Zahnärzte-Kammern bisher weitgehend behindert.

Eine vorgezogene Steuerreform könnte Entlastungen bringen, wird aber durch veränderte Abschreibungsbedingungen Investitionen in den Praxen belasten. Außerdem wird im Clement-Wirtschaftsministerium „geprüft“, welche privaten Gebührenordnungen für Freie Berufe „abgeschafft werden können“, um im Zuge einer „Liberalisierung“ freie Preise einführen zu können sollen. Ein Zahnarzt mit 100.000 Euro Jahresüberschuss (Durchschnittspraxis) könnte von einer vorgezogenen Steuerreform profitieren. Er könnte rund 9,3 Prozent mehr an Einkommen behalten, was aber weniger ist als der Durchschnitt der Steuerersparnis (10

Prozent). Gewinnsprünge würden sich aber mehr lohnen als bisher.

Die Gewerbesteuerpflicht verbunden mit der Steuerpflicht für laufende Kreditzinsen (zum Beispiel Praxisinvestitionen) und verschärfte Abschreibungsbedingungen für angeschaffte Praxisgeräte dürften die Steuerlast unter dem Strich kaum mindern. Die Gewerbesteuer soll anrechenbar bleiben auf die Einkommensteuer, aber nur bis zu einem Hebesatz von 360 Prozent, der besonders in Großstädten dramatisch bis zum Doppelten und mehr überschritten wird. Das bedeutet eine besondere Belastung der Praxen in Ballungsgebieten. Zahnärzte, die (Fortsetzung auf Seite 4)

Beeinflussung der Wundheilungsgeschwindigkeit an Implantaten durch physikochemische Oberflächenmodifikationen:

Modifikation der Titanoberfläche führt zur verbesserten Mundheilung

Durch Modifikation der Titanoberfläche ist eine Modulation der Wundheilung möglich, so die Ergebnisse einer Studie von H. L. Graf et al. an der Poliklinik der Universität Leipzig. Zahnärztliche Implantate sind Fremdkörper und verzögern die Wundheilung. Um diesen Effekt klein zu halten, werden derzeit folgende Ansätze der Oberflächenmodifikation verfolgt:

- Verstärkung der Kristallinität und/oder Dicke der Titanoxid-schicht, Schaffung einer geeigneten Mikrostruktur der Titanoxid-oberfläche,
- Anreicherung der Grenzfläche mit schnell löslichen Kalzium-Phosphaten,

- Anreicherung der Grenzfläche mit organischen Wachstumsstimulatoren.

Davon wurden die ersten drei Punkte in der Ticer-Technologie verwirklicht.

In einem kombinierten Versuchsansatz aus tierexperimenteller Testung (fluoreszenzoptisch, histomorphometrisch) am Minischwein und klinischer Prüfung wurden Ticer gegen Titan, Titan-flame-spray, Aluminiumoxid und HA auf die fluoreszenzoptisch nachweisbare Geschwindigkeit der Knochenkontaktnahme und das klinisch nachweisbare Schwingverhalten der Implantate im Knochen (Periotestwert) untersucht.

PKVen rechnen nicht mehr mit ZE-Grundversicherung Einigung zwischen Rot-Grün-Regierung und Opposition

Soll Zahnersatz in der Privatversicherung

Das immer weiter wachsende Defizit in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), das Beitragssteigerungen für 2003 von im Schnitt 1,1 bis 1,3 Prozent befürchten lässt, hat den Einigungswillen der Verhandlungsgruppe von Rot-Grün unter Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der CDU/CSU unter Horst Seehofer, die ein gemeinsames „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ (GMG) anstreben, beflügelt.

Einig werde man sich in den alltäglichen Expertenrunden, insgesamt 20 Milliarden Euro einsparen zu wollen und sowohl das Krankentagegeld als auch den Zahnersatz aus der GKV-Sozialabsicherung herauszunehmen und privat – beides weiterhin in der GKV – über eine einseitige Beitragslast abzusichern. Für Seehofer wird es „die größte Reform, die jemals versucht worden ist gemeinsam zu stemmen“.

Bisher größtes Reformvorhaben

Immer wahrscheinlicher wird, dass der CDU-Plan, Zahnersatz aus der GKV auszugliedern, aber über eine Zwangsversicherung in

der Privaten Krankenversicherung (PKV), abzusichern, sich nicht durchführen lässt. Deshalb soll die GKV-Ausgrenzung vollzogen, aber über eine private Beitragsleistung in der GKV, die allein vom Versicherten getragen wird, geregelt werden. Streit hat es vornehmlich zwischen Seehofer und den PKVen über die notwendige Beitragshöhe für die ZE-Privat-Zwangsversicherung gegeben.

Diese glaubten auf CDU-Wunsch hin, mit 7,50 Euro pro Person – Familien hätten das Zweifache zu bezahlen – zurechtzukommen, eine „realistische Beitragsberechnung“ hätte bei zehn bis zwölf Euro gelegen, was die CDU als „den Bürgern nicht vermittelbar“ bezeichnete. Die GKV wartet mit „nur“ 3 bis 3,50 Euro pro Versichertem auf. Die Zahnärzte-Verbände, besonders der Freie Verband (FV), zeigt sich zunehmend unglücklich über die CDU-Zusage an die PKVen, den GOZ-Faktor in einer privaten Zwangsversicherung auf 1,7fach festzuschreiben zu können. Besonders problematisch sei die Lösung der Härtefälle, die entweder steuerlich oder anders subventioniert werden müssten. Die PKVen hätten bereits die Einrichtung eines „Risikopools“ ähnlich der GKV mit „Staatshilfen“ gefordert. Außerdem sehen die PKVen Probleme in einer Abgrenzung zwischen den voll privat ZE-Versicherten und den „GKV-PKV-Zwangsversicherten“, hier die Basis des heutigen Versorgungs-

Exklusiv bei
ZB MED
 Medical & Dental Service GmbH
 56203 Höhr-Grenzhausen
 Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
 Fax: 0 26 24 - 94 99 29

IKONAT
 ... und zwar vom 14. Juli bis zum 5. August
 Die DZW erscheint zu folgenden Terminen:
 Ausgabe 31/03 am 30. Juli 2003,
 Ausgabe 32–33/03 am 13. August 2003
 Die Redaktion wünscht allen Lesern
 erholsame Urlaubstage.